

# Neue alte Linke an Österreichs Universitäten

## Folgen und Widersprüche der Studierendenproteste von 1968 in Österreich

MICHAEL HOLLOGSCHWANDTNER

Die Studierendenproteste in den 1960er Jahren hatten auch in Österreich langfristige Folgen. Sie waren Ausdruck und Katalysator weitreichender Veränderungen an den Hochschulen. An Österreichs Universitäten – bereits in der Ersten Republik Horte des Nazismus und Antisemitismus – bestand nach 1945 eine rechts-konservative Hegemonie, die erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre herausgefordert wurde. Sie wurde durch „eine vorwiegend aus den *Söhnen* wohlbestallter, meist katholisch-konservativer oder aber *national-freiheitlich* geprägter Familien bestehende Studierendenschaft“<sup>1</sup> garantiert. Bei den ersten Wahlen zur Österreichischen Hochschüler-schaft (ÖH, heute: Österreichische Hochschüler\_innenschaft), der Vertretungskörperschaft der Studierenden, erhielt die konservative Fraktion im bundesweiten Studierendenparlament (Zentralausschuss, seit 1999 Bundesvertretung) zwischen 71 und 75 Prozent der Stimmen.<sup>2</sup> Dieser Anteil reduzierte sich markant nach der Zulassung des *Rings Freiheitlicher Studenten* (RFS) bzw. seiner Vorläuferorganisationen<sup>3</sup> zu den ÖH-Wahlen. Bereits bei seinem ersten Antritt 1953 konnte der RFS beinahe ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Die Studierendenorganisation, aus deren Reihen sich führende FPÖ-Funktionäre rekrutierten, war in den 1950er und 1960er Jahren ein „Hauptträger rechtsextremer Aktivitäten“ in Österreich.<sup>4</sup>

Auf diese Rekonstituierung der Rechtsextremen folgte eine Phase relativer Stabilität, die bis 1965 anhielt. Die Konservativen erhielten in diesem Zeitraum 49 bis 60 Prozent der Stimmen, der RFS 27 bis 32 Prozent, der damit deutlich besser abschnitt als die beiden linken Fraktionen. Auf den SPÖ-nahen *Verband sozialistischer Studenten Österreichs* (VSSÖ) entfielen zwischen zwölf und 17 Prozent und auf die 1946 gegründete *Vereinigung demokratischer Studenten* (VDS), in der kommunistische Studentinnen und Studenten organisiert waren, lediglich ein bis zwei Prozent.<sup>5</sup> Beide linke Fraktionen waren damit deutlich schwächer als ihre jeweiligen Mutterparteien.

Wenngleich 1965 im Zuge der „Affäre Borodajkewycz“ die Mobilisierungsfähigkeit rechter Studenten deutlich wurde, als Hunderte für den antisemitischen Professor der Wiener Hochschule für Welthandel (heute: Wirtschaftsuniversität Wien) demonstrierten,<sup>6</sup> markierte diese Auseinandersetzung den Beginn weitreichender politischer Veränderungen an den Hochschulen. Bei den Studierendenvertretungen kamen in der Folgezeit drei Trends zu Tragen:<sup>7</sup> Einerseits ein Sinken der Wahlbeteiligung, von 70 im Jahr 1965 auf 43 Prozent im Jahr 1971 (Zentralausschuss). Weiters eine Reihe von Spaltungen und Neugründungen, zunächst unter den konservativen, später auch den sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen. Diesen Spaltungen gingen jeweils interne Flügelkämpfe voraus, die sich sowohl in einer Stärkung der linken als auch im liberaleren Auftreten sämtlicher Fraktionen manifestierte. So setzte sich im VSSÖ Ende der 1960er Jahre der linke Flügel durch, und auch im konservativen *Wahlblock*, der sich 1967 in *Österreichische Studentenunion* (ÖSU) umbenannte, gewannen progressivere Kräfte an Einfluss.<sup>8</sup> Diese Linksentwicklung der Studierendenschaft ist einerseits auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie die schrittweise Liberalisierung und die Zurückdrängung des österreichischen Deutschnationalismus zurückzuführen. Hochschulpolitische Ursachen lagen andererseits in einer teilweisen sozialen Öffnung der Universitäten, die zu starken Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden führte. Darüber hinaus trugen auch die Politisierung und Radikalisierung eines Teils der Studierenden infolge der „68er Proteste“ sowie ein höheres Ausmaß an (hochschul-)politischen Aktivitäten linksgerichteter Studierender zu dieser Entwicklung bei.

### Durchsetzung einer linken Hegemonie

Das österreichische Hochschulsystem war in den Jahren vor dem Beginn der Studierendenproteste weitgehenden Veränderungen unterworfen. Der expandierende fordistische Wohlfahrtsstaat verlangte vermehrt nach qualifizierten

Arbeitskräften. Bundeskanzler Alfons Gorbach (ÖVP) ließ im Rahmen seiner Regierungserklärung im April 1961 wissen, dass es nun gelte, „Österreich an die stürmische wirtschaftliche und technische Entwicklung, die sich in der Welt vollzieht, anzupassen und dieses Land endgültig in die sich abzeichnenden größeren Wirtschaftsräume einzugliedern“, weshalb es erforderlich sei, „Österreichs geistige und kulturelle Sendung durch die Förderung aller in diesem Lande vorhandenen Talente lebendig zu erhalten“.<sup>9</sup> Daher wurden eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, um die Anzahl der Hochschul-AbsolventInnen deutlich zu erhöhen, wie die Etablierung eines Rechtsanspruchs auf Gewährung von Studienbeihilfe, die Zweiteilung der akademischen Ausbildung in Diplom- und Doktoratsstudium, womit eine verstärkte Normierung und Verkürzung der Studiendauer einherging, sowie den Ausbau bestehender Universitäten und die Gründung neuer Universitäten außerhalb Wiens (wie die Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz 1966, heute: Johannes Kepler Universität, oder die Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt 1973, heute: Universität Klagenfurt). Unter der Regierung Kreisky wurde die „Bildungsexpansion“ noch stärker vorangetrieben und die Hochschulen teilweise demokratisiert. Das sozialdemokratische Ideal der „Chancengleichheit“ ungeachtet der sozialen Herkunft überschritt sich in den 1970er Jahren mit den ökonomischen Erfordernissen. Diese Maßnahmen hatten einerseits einen deutlichen Anstieg der Gesamtzahl der Studierenden zur Folge, von lediglich rund 14.000 Mitte der 1950er Jahre auf rund 38.000 zehn Jahre später und rund 59.000 im Wintersemester 1973/74.<sup>10</sup> Zum anderen wurde damit die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht. Wenngleich der Anteil der Kinder von Landwirten und Arbeitern unter den Studierenden niedrig blieb, machte sich die Öffnung vor allem durch eine deutliche Steigerung von Studierenden bemerkbar, deren Väter niedrige Angestellten waren, sowie durch eine Steigerung des Anteils von Frauen.<sup>11</sup> Diese technokratischen Reformen wurde nicht zuletzt durch die unerwartet



Aktion der „Vereinigung demokratischer Studenten“ (VDS) gegen den antisemitischen Hochschullehrer Taras Borodajkewycz im März 1965

aufgeflamten Studierendenproteste um 1968 gestört. Sie trugen dazu bei, den bildungspolitischen Reformbedarf allgemein bewusst zu machen und Druck auf die politischen Entscheidungsträger aufzubauen.<sup>12</sup> So demonstrierten im Herbst 1967 mehrere tausend Studierende gegen die Erhöhung der Studiengebühren. Es war eine der größten Demonstrationen dieser Zeit.

Vor dem Hintergrund dieser Umwälzungen an österreichischen Universitäten haben durch die Studierendenproteste, so Marina Fischer-Kowalski, „die Linken, wengleich zahlenmäßig immer noch eine kleine Minderheit, völlig das Bild [...] beherrscht“.<sup>13</sup> Nach Robert Foltin wurde es „[i]n den Jahren nach 1968 [...] modisch, links zu sein“.<sup>14</sup> Dass die rechts-konservative Hegemonie wirkungsvoll herausgefordert werden konnte, war auch auf ein höheres Ausmaß an (hochschul-)politischen Aktivitäten linksgerichteter Studierender zurückzuführen. Diese konnte in zwei zu Beginn der 1970er Jahre durchgeführten Studien empirisch nachgewiesen werden.<sup>15</sup> Je weiter links sich Studierende verorteten, desto interessierter an hochschulpolitischen Themen und desto politisch aktiver waren sie. Während Sympathien für die VDS sowie für die 1968 gegründete *Föderation Neue Linke* (FNL) zu haben „schon so etwas wie Mitglied[schaft]“ bedeutete, da die SympathisantInnen dieser Organisationen durch ein verhältnismäßig hohes Ausmaß an Aktivität gekennzeichnet waren, haben „Sympathie für ÖSU und RFS weniger oder keine Implikationen für

irgendwelche Aktivitäten“, wie die StudienautorInnen resümieren. Dies förderte die Mobilisierungsfähigkeit linker Gruppen, denen es damit möglich war, weit besser als die anderen Fraktionen „die Werte und Zielvorstellungen ihrer Sympathisanten zu prägen und zu homogenisieren. Umgekehrt läßt sich aber sagen, daß Mitte und Rechte eher hochschulpolitische Zielvorstellungen haben, für deren Durchsetzung eigenes politisches Handeln gar nicht oder nur am Rande erforderlich ist. Im Vordergrund der Zielvorstellungen der Sympathisanten von ÖSU und RFS steht eine technokratische Haltung, die in der Universität primär eine Ausbildungsstätte für Personen mit hoher beruflicher Qualifikation sieht“, und nicht etwa die „revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft“ oder „Studenten zu kritisch-autonomen Individuen [zu] bilden“, wie dies aufseiten der VDS-SympathisantInnen vorherrschte.<sup>16</sup>

### Kommunistische Studierende, die KPÖ und die Neue Linke

Wengleich lediglich eine Gruppe „Neue Linke“ als Selbstbezeichnung übernahm, nämlich die von 1968 bis 1971 bestehende *Föderation Neue Linke*, hatten Intellektuelle wie Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas, Herbert Marcuse oder Jean-Paul Sartre Einfluss auf beinahe sämtliche linksgerichteten Jugend- und Studierendengruppen innerhalb und außerhalb der Hochschulen. Die VDS bewegte sich bereits seit Mitte der 1960er Jahre zwischen Reformorientierung und Neuer Linke. So ließ die Organisation 1965 in ihrem Zentralorgan

wissen, dass es ihr Ziel sei, sich „von erstarrten Dogmen“ zu lösen und für die Erkenntnis stehe, „dass persönliche Freiheit und sozialistische Revolution einander einschließen“. Doch in Russland „nach der sozialistischen Revolution [wurde] die Freiheit des Einzelnen missachtet.“<sup>17</sup> Es gälte, so der zweite Vorsitzende Hans Mum, „die Entwicklung zu einem weltoffenen, kritischen Marxismus zu beschleunigen“.<sup>18</sup> Noch deutlicher das Mitglied des Sekretariats Michael Subik in einem Vortrag auf der Vollversammlung des VDS: „Wir müssen über den bloßen Kampf gegen Apparatschiks hinausgehen. Wir müssen versuchen, positive Alternativen zu deren Politik zu finden. Unsere Aufgabe ist es, konkret auszuarbeiten, wie wir uns die Gesellschaft der Zukunft vorstellen. Die Gesellschaft unserer Zukunft. Der Sozialismus, der uns in den sozialistischen Ländern vorgelebt wird, befriedigt uns nicht.“ Ein sozialistischer Staat sollte „nicht nur die Möglichkeit von Mehrparteiensystemen beinhalten“, sondern auch „das Nebeneinanderbestehen, die Zusammenarbeit verschiedener (auch einander entgegengesetzter) Ideen“ ermöglichen.<sup>19</sup> Weiters finden sich im VDS-Zentralorgan anerkennende Darstellungen beispielsweise von Sartres Schrift „Betrachtungen über die Judenfrage“, auch finden sich in ihren theoretischen Auseinandersetzungen Rückgriffe auf den US-amerikanischen Soziologen C. Wright Mills.<sup>20</sup>

Die VDS büßte jedoch stark an politischer Handlungsfähigkeit ein und ging 1966/67 in der erstarkenden Studierendenbewegung auf. Erstmals in der Zweiten Republik kandidierte sie 1967 nicht mehr bei ÖH-Wahlen und musste im Herbst desselben Jahres vonseiten der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ), der KPÖ-Jugendorganisation, durch eine Gruppe junger Studierender neu aufgebaut werden.<sup>21</sup> Der neue Vorsitzende Ernst Berger hatte bereits davor die Ausrichtung der „alten“ VDS dafür kritisiert, dass sich diese kaum „mit Problemen der Studenten“ beschäftige, sondern „in erster Linie mit Fehlern [...], die es in den sozialistischen Ländern und in der KPÖ gibt“.<sup>22</sup> Ungeachtet dieser „Wiedergeburt der VDS“<sup>23</sup> blieben die kritische Haltung gegenüber der Sowjetunion und die Unterstützung der „Reformer“ innerhalb der KPÖ aufrecht. Diese wiederum versuchten einen Brückenschlag zur Studierendenbewegung und zur Neuen Linken. „Die Kommunisten, jahre- und jahrzehntelang gewohnt, von rechts



„Wandzeitung“ der „Vereinigung demokratischer Studenten“ (Juni 1970)

kritisiert zu werden, erleben nun eine Kritik von links“, wie Leopold Spira festhielt. „Es kann die Kommunisten nicht gleichgültig lassen, wenn ihre Anziehungskraft auf linksstehende oppositionelle Junge nicht übermäßig groß ist. Andererseits sollten sich die Jungen überlegen, ob ihre ‚linken‘ Argumente gegen den Kommunismus nicht auch Elemente beinhalten, die durchaus nicht links sind.“<sup>24</sup> Ähnlich hob Franz Marek das Erneuerungspotenzial für die traditionelle Linke hervor, nicht ohne Kritik an der Neuen Linken zu äußern. In *Weg und Ziel*, der Theoriezeitschrift der Partei, lieferte er eine detaillierte und anerkennende Besprechung von Herbert Marcuses 1967 auf Deutsch erscheinendem Hauptwerk „Der eindimensionale Mensch“, auch wenn er die Vorstellungen des Autors „zum Teil für unzulässig und unrichtig“ hielt.<sup>25</sup>

Auseinandersetzungen zur „Neuen Linken“ stellten darüber hinaus eine der inhaltlichen Bruchlinien innerhalb der KPÖ dar, welche infolge des Einmarsches der Warschauer Vertragsstaaten in die Tschechoslowakei im August 1968 zur bislang größten Krise der Partei in

der Zweiten Republik führte. Mit der Zuspitzung der innerparteilichen Konflikte und schließlich der Niederlage der Reformer um Ernst Fischer und Franz Marek, die 1969/70 aus der Partei austraten oder ausgeschlossen wurden, hatte Auswirkungen auf sämtliche Teil- und Vorfeldorganisationen. Die Intellektuellenzeitschrift *Wiener Tagebuch*, die FÖJ und Teile der mit der KPÖ verbundenen Gewerkschaftsfraktion *Gewerkschaftliche Einheit* spalteten sich ab. Daher wurden wenig später die *Kommunistische Jugend Österreichs* als neue der KPÖ nahestehende Jugendorganisation sowie der *Gewerkschaftliche Linksblock* als der KPÖ nahestehende Gewerkschaftsfraktion gegründet. Die VDS sah sich nun ebenfalls

vor die Wahl gestellt, es der ihr nahestehenden FÖJ gleichzutun oder weiter mit der KPÖ verbunden zu bleiben.

### Ultraorthodoxe „68er“

Die Ausrichtung der VDS wurde maßgeblich von einer weiteren Entwicklung beeinflusst. „[N]achdem die FNL zerfallen war und der VSSÖ als Studentengruppe der nun Regierungspartei gewordenen SPÖ an Attraktivität einbüßte“, wurde die „VDS zu einem Sammelbecken linker Studierender“.<sup>26</sup> Aktionistische Dauermobilisierung, staatliche Repression und politische Niederlagen mochten zu einer Radikalisierung eines Teils der 68er-AktivistInnen hin zu ultraorthodoxen Positionen beigetragen haben, die sich nun vermehrt der VDS anschlossen und dort im Herbst 1970 die Oberhand gewannen. Noch während einer außerordentlichen Vollversammlung im Oktober dieses Jahres verließ ein Teil der bisherigen VDS-Führung den Raum und die Organisation. „Die anderen Rechten“, wie der neue Vorsitzende Walter Lindner später in der Zeitung *Student im Klassenkampf* resümierte, „kapitulierten daraufhin und leisteten gegen

die Übernahme der Leitung durch uns keinen Widerstand mehr.“<sup>27</sup> Dieser Bruch und die darauffolgende inhaltliche Neuausrichtung wurde einige Monate später durch einen neuen Namen verdeutlicht. Aus der VDS wurden die *Marxistisch-Leninistischen Studenten* (MLS).<sup>28</sup> Um „ihre Distanz zur KPÖ zu dokumentieren“, so Michael Graber, vermied die Organisation die Bezeichnung „kommunistisch“.<sup>29</sup> Bei den inhaltlichen Differenzen zwischen der VDS und den ultraorthodoxen AktivistInnen ging es um Fragen kommunistischer Hochschulpolitik und, damit verbunden, der Klassenlage Studierender sowie um die Frage nach dem revolutionären Subjekt, die Einschätzung der SPÖ und insbesondere der KPÖ. Die neue Führung vertrat die Ansicht, dass Studierende der Intelligenz zuzurechnen und „eben nicht als ‚proletarisiert‘ oder sonstwas“ anzusehen seien. Vielmehr müsse einerseits „die Neutralisierung der Studenten gegenüber dem proletarischen Klassenkampf“ angestrebt und „andererseits eine konsequente ‚Kaderpolitik‘“ betrieben werden, „um aus dem Studentenmilieu möglichst viele Einzelne herauszubrechen und zu Kommunisten zu machen“.<sup>30</sup>

Hinsichtlich der Sozialdemokratie wurde die Linie vertreten, dass diese „vom ‚Steigbügelhalter‘ zum ‚Geschäftsführer‘ der Bourgeoisie avanciert“ sei. „Die Hauptfunktion der SP-Regierung [ist es], den österreichischen Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu rationalisieren und die Arbeiter niederzuhalten“, weshalb die SP-Spitze dem „Klassenfeind“ zuzurechnen sei.<sup>31</sup> Die Reformer der Fischer-Marek-Gruppe waren für die MLS gänzlich, die KPÖ „in der Tendenz revisionistisch“. Dennoch wurde vonseiten der MLS zunächst eine Annäherung an die (nun wieder stärker an Moskau ausgerichtete) KPÖ gesucht. Die Partei sollte es der MLS ermöglichen, „den ‚Kontakt mit der Arbeiterklasse‘ zu finden.“<sup>32</sup> Dieser betonte gegenüber der KPÖ, es ihr gleichgetan und die „Reformer“ in den eigenen Reihen nun ebenfalls ausgeschlossen zu haben.<sup>33</sup> Nichtsdestoweniger verwies die KPÖ die Studierendenorganisation wenig überraschend „immer wieder auf die Hochschulen“ als den der MLS „angestammten Arbeitsbereich“, wie Lindner rückblickend beklagte.<sup>34</sup>

### Gründung des KSV

Nachdem die Strategie zur Etablierung eigener „Betriebsarbeit“ mit Hilfe der Kontakte und Strukturen der KPÖ ge-

scheitert war, verschärfte die MLS ihre Beurteilung der Partei. „Revisionistisch sind nicht einzelne Tendenzen, einzelne Funktionäre, sondern der ganze Parteiapparat und die Grundlinie der Parteipolitik“,<sup>35</sup> war Ende 1971 die neue Linie. Daher strebe die MLS nun den „vollständigen Bruch“ mit der KPÖ an. Dies beinhaltete auch den Bruch mit den GenossInnen in der eigenen Organisation, deren Einschätzung zur KPÖ milder ausfiel. So wurden mehrere Personen wegen „Revisionismus“ aus der MLS ausgeschlossen.<sup>36</sup> Ein Teil der Ausgeschlossenen beendeten ihre (hochschul-)politischen Aktivitäten jedoch nicht, sondern setzte die Initiative zur im Oktober 1972 erfolgten Gründung des *Kommunistischen Studentenverbandes* (KSV). Bereits im Frühjahr 1972 war durch die MLS-DissidentInnen die *Gruppe Kommunistischer Studenten* (GKS) gegründet worden. Die GKS sollte jedoch lediglich ein Provisorium sein, ein „Schrittmacher für eine umfassende revolutionäre Studentenorganisation“. Mit der Ausarbeitung und dem Beschluss des Grundsatzprogramms wurde die GKS in *Kommunistischer Studentenverband* umbenannt.<sup>37</sup>

Organisatorisch war der KSV eine Kaderorganisation, was im Vergleich zur VDS, wo es „nicht einmal die Institution der Mitgliedschaft“ gab,<sup>38</sup> eine beträchtliche Veränderung darstellte. Inhaltlich konstituierte sich mit dem KSV wieder eine Studierendenorganisation, die mit der KPÖ „in einer festen Kampfgemeinschaft verbunden [ist] auf der Basis der gemeinsamen marxistisch-leninistischen Politik und Ideologie.“<sup>39</sup> Dies bedeutete sowohl eine Abgrenzung zu den MLS wie auch zur „Neuen Linken“ – die Studierendenproteste lagen bereits mehrere Jahre zurück, die hochschulpolitisch aktiven antiautoritären Gruppen hatten sich bereits aufgelöst. Retrospektiv beurteilten die KSV-Gründungsmitglieder Susanne Sohn und Andreas Rasp die Studierendenbewegung weitaus weniger wohlwollend als dies noch durch die VDS der Fall war. Die antiautoritären AktivistInnen richteten „ihre Ablehnung klassenunspezifisch gegen ‚die Macht‘ der ‚Institutionen‘ oder der ‚Partei‘. Ihr Organisationsverständnis war von Spontantätigkeitsvorstellungen geprägt und lehnte sich an anarchistische Föderationsvorstellungen an. [...] Sie wirkte auf breite Kreise der Studenten politisierend und bedeutete für viele ein notwendiges Durchgangsstadium auf Positionen der Arbeiterbewegung. Zum anderen erwies

sie sich oft als Barriere einer weiteren Linksentwicklung, bestärkte antikomunistische Vorurteile und immunisierte gegen die Partei der Arbeiterklasse.“<sup>40</sup>

Im KSV-Grundsatzprogramm wird der Versuch deutlich, soziale und politische Verbesserungen innerhalb des kapitalistischen Systems mit der programmatischen Zielsetzung eines „Aufbaus des Sozialismus“ zu verbinden. Während der KSV seine „Hauptaufgabe“ darin sah, „in der Masse der Studenten das Bewußtsein über die wirklichen Perspektiven im Kapitalismus und über die Notwendigkeit des Platzes der fortschrittlichen Studenten an der Seite der revolutionären Arbeiterbewegung zu entwickeln“, sollten auch hochschulpolitische Verbesserungen, insbesondere für Studierende aus ArbeiterInnenfamilien, erkämpft werden. Dies bedeutete für den KSV auch, dass das „Bildungsmonopol der herrschenden Klasse, dessen Ausdruck nicht nur im Bildungsprivileg, sondern vor allem auch in der Bestimmung der Bildungsziele und Inhalte liegt“,<sup>41</sup> gebrochen werden musste. Für diese Ausrichtung wurde die Bezeichnung „gewerkschaftliche Orientierung“ gewählt, welche aus der Analyse der ökonomischen Situation Österreichs abgeleitet war. Dazu wurde das Konzept des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) herangezogen, dem zufolge eine Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates im Interesse der herrschenden Klasse stattgefunden habe. Diese Konzeption fand ebenso wie die „gewerkschaftliche Orientierung“ im westdeutschen *Marxistischen Studentenbund (MSB) – Spartakus* Verwendung, der sich im Mai 1971 konstituiert hatte<sup>42</sup> und an dem sich der KSV in vielen Punkten orientierte.<sup>43</sup> Außerdem war der Stamokap vonseiten der KPÖ nach der Parteikrise als Teil von Bemühungen aufgegriffen worden, „einen politischen und ideologischen Konsolidierungsprozess einzuleiten“.<sup>44</sup>

Mit dem Ausschluss der KPÖ-SympathisantInnen war es mit den Spaltungen innerhalb der MLS noch keinesfalls getan. Wenig später wurde eine Reihe weiterer Mitglieder ausgeschlossen. Diese wiederum gründeten die trotzkistisch ausgerichtete *Gruppe Revolutionärer Marxisten* (GRM).<sup>45</sup> Die MLS selbst wandte sich schließlich dem Maoismus zu. Damit konnte eine doppelte Gegnerschaft verfolgt werden: Einerseits gegen die Sowjetunion und die KPÖ, andererseits gegen sämtliche bürgerlichen politischen Kräfte. Darüber hinaus konnte



Von den „Marxistisch-Leninistischen Studenten“ (MLS) herausgegebene Zeitung „Student im Klassenkampf“ (1971)

durch die Bezugnahme auf „ein (revolutionäres?) Mutterland“, wie Foltin annimmt, „die augenscheinliche Schwäche der eigenen Gruppe“ kompensiert werden.<sup>46</sup> Diese zunächst auf Wien beschränkten Vorgänge fanden zeitverzögert auch Niederschlag in den anderen größeren Universitätsstädten (Graz, Linz, Innsbruck, Salzburg), wo die drei Organisationen teilweise Gruppen aufbauen konnten.

Für den KSV war von Bedeutung, dass eine Reihe von AktivistInnen aus anderen Organisationszusammenhängen übertraten, etwa FunktionärInnen des VSStÖ an den Universitäten Salzburg und Graz.<sup>47</sup> Der Aufbau und die Vergrößerung von in den Bundesländern agierenden Gruppen gehörte nun zu den Tätigkeitsschwerpunkten des KSV. Darüber hinaus wurde die Herausgabe des neuen Zentralorgans *Rote Perspektive* forciert.<sup>48</sup> Hochschulpolitische, antifaschistische und antiimperialistische Aktivitäten bildeten die inhaltlichen Schwerpunkte des KSV. Wenngleich die „Zurückdrängung“ des Einflusses von MLS und GRM zu den Hauptzielsetzungen des KSV zählte,<sup>49</sup> waren auch punktuell Kooperationen zwischen den drei Gruppen möglich, insbesondere bei Aktionen gegen Rechtsextremismus, wie etwa gegen einen Auftritt des damaligen FPÖ-Abgeordneten Otto Scrinzi, der Ende 1972 auf Einladung von RFS und der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei (NDP) an der Universität Wien zur „Situation in Kärnten“ sprach. An dieser „Solidaritätskundgebung für die



Briefkopf des 1972 gegründeten Kommunistischen Studentenverbands

Rechte der slowenischen Minderheit in Kärnten“ beteiligten sich neben dem KSV auch GRM, MLS und FÖJ.<sup>50</sup>

### Verstärkter Linkstrend an den Hochschulen

Bei den folgenden ÖH-Wahlen im Jänner 1974 konkurrierten GRM, KSV und MLS miteinander. Dabei gelangen sämtlichen linken Fraktionen deutliche Zugewinne, wohingegen der RFS an keiner Hochschule mehr den Hauptausschussvorsitzenden innehatte und die konservative ÖSU an der Universität Wien die absolute Stimmenmehrheit verlor. Im Zentralausschuss erhielten die linken Gruppen zusammen erstmals knapp 30 Prozent der Stimmen<sup>51</sup> – der bis dahin höchste Wert in der Zweiten Republik. Auf die kommunistischen Gruppen zusammengenommen entfielen rund elf Prozent, was trotz der geringen Wahlbeteiligung vor dem Hintergrund des zu dieser Zeit vorherrschenden Antikommunismus ein bemerkenswertes Ergebnis darstellt. Wenngleich unter den drei kommunistischen Listen der KSV am stärksten die Verbesserung der Bedingungen für Studierende als Schwerpunkt seiner Arbeit definierte, wurde dieser von den MaoistInnen deutlich übertroffen (drei bzw. fünf Prozent). Nichtsdestoweniger stellte das Wahlergebnis auch für den KSV einen großen Erfolg dar. „Noch nie“, schrieb der erste Vorsitzende des KSV, Michael Graber, „ist es einer in Kampfgemeinschaft mit der KPÖ stehenden Studentenorganisation gelungen, eine Vertretung im Zentralausschuß zu erkämpfen und so viele Stimmen auf sich zu vereinigen.“<sup>52</sup> Wenige Monate nach den Wahlen gelangte die Konsolidierungsphase des KSV mit der ersten Bundeskonferenz und der Bildung einer Bundesleitung im Juni 1974 zum Abschluss.

Durch zwei weitere Faktoren erhielt der Linkstrend an den Hochschulen eine zusätzliche Dynamik: Einerseits durch die Etablierung der Basisgruppen, die sich ab dem Wintersemester 1969/70 an

einer Reihe von Instituten konstituiert hatten.<sup>53</sup> Sie gingen wiederum aus den im Wintersemester zuvor an den Universitäten Wien, Innsbruck und Graz gegründeten Institutsvertretungen hervor, die mit dem Anspruch einer Gesamtvertretung aller Studierender eines Instituts, „der Wahrnehmung ihrer Interessen im Studienbetrieb und in der Institutsorganisation“, gegründet wurden. Diese Gruppen, die sich „von der Funktionärspolitik der traditionellen Studentenorganisationen“<sup>54</sup> absetzten, verstanden es „sehr gut, bislang ‚unpolitische‘ Studenten zu rekrutieren“.<sup>55</sup> Die Basisgruppen vertraten im Vergleich mit den Institutsgruppen „einen stärker politischen und linken Anspruch“.<sup>56</sup> Dementsprechend hatte 1970 mehr als ein Drittel jener Studierender, die mit der FNL oder VDS sympathisierten, angegeben, bei den Basisgruppen aktiv zu sein. Andererseits bestand durch MLS und GRM nach der Auflösung antiautoritärer Gruppen nun wieder Angebote für jene Studierenden, für die es aufgrund einer Ablehnung der Sowjetunion (insbesondere nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“) nicht in Frage kam, eine KPÖ-nahe Organisation zu unterstützen. Darüber hinaus handelte es sich dabei um Kaderorganisationen, die ihre Ziele, wie angenommen werden kann, dadurch effektiver vertreten konnten.

### Resümee

Wenngleich die Intellektuellen der „Neuen Linken“ von den Studierenden stark rezipiert worden waren, gehört zu den Folgen der Studierendenproteste paradoxerweise die Herausbildung von Organisationen, die der „alten Linken“ zuzurechnen sind. Der Aufschwung der „alten Linken“ an Österreichs Hochschulen zu Beginn der 1970er Jahre stand vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklung der Studierendenbewegung, die zur Hinwendung eines Teils ihrer AktivistInnen zu ultraorthodoxen Positionen führte. Mit Ausnahme des KSV konnten sich die so gegründeten

Organisationen jedoch nicht dauerhaft halten. Die Bedeutung von GRM und MLS an den Hochschulen nahm in den Folgejahren wieder ab, bis sie zu Beginn der 1980er Jahre keine Rolle mehr spielten. Die ultraorthodoxen Organisationen waren kaum imstande, abweichende Meinungen zuzulassen, diese wurden vielmehr pauschal als „Revisio-nismus“ gebrandmarkt. Inhaltliche Auseinandersetzungen abseits einer formelhaften Rezeption der sozialistischen Vorbilder sowie die Erarbeitung differenzierter Positionen wurden dadurch stark erschwert. Für die maoistischen Gruppen (aus der MLS gingen weitere Organisationen hervor) waren darüber hinaus die Entwicklungen in China nach dem Tod Mao Zedongs 1976 verhängnisvoll. Durch die „Turbulenzen um die chinesische ‚Vierbande‘“ wurde die MLS massiv diskreditiert.<sup>57</sup>

Dass der KSV langfristig als politischer Faktor an den Hochschulen bestehen blieb, kann zum einen auf die Infrastruktur zurückgeführt werden, die die KPÖ für ihre Studierendenorganisation bereitstellte, und zum anderen auf die Programmatik und die daraus resultierende Schwerpunktsetzung der Organisation auf Hochschulpolitik und „gewerkschaftliche Orientierung“. Nach der krisenhaften Entwicklung der KPÖ infolge des Einmarsches der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR spielten auch im KSV reformkommunistische Positionen keine Rolle mehr, ebenso wenig wie solche der „Neuen Linken“. Weiterhin randständig blieb außerdem eine Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen. Für die KPÖ bildete der KSV eine Kaderschmiede, welche die kleiner gewordene Zahl der FunktionärInnen und AktivistInnen vergrößerte. Auch konnte die Organisation innerhalb der studentischen Vertretungsstrukturen Einfluss entfalten. Deren Ausgestaltung hatte sich angesichts veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ebenso deutlich verändert wie die soziale Zusammensetzung der Studierenden.

### Anmerkungen:

1/ Bernhard Weidinger: 1968 und die Reaktion(en). Neuer akademischer Kulturkampf und rechter Richtungsstreit an österreichischen Universitäten um 1970, in: Massimiliano Levi/ Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter. Frankfurt/M. 2010, S. 147–170, hier S. 149 (Hervorhebungen im Original).

2/ Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF): Politisches Interesse und Engagement der Studenten in Österreich. Materialien aus den Jahren 1970 bis 1974. Wien 1975, S. 10.

3/ Als RFS-Vorläuferorganisationen kandidierten 1951 die *Studentische Wahlgemeinschaft* sowie der *Bund unabhängiger Studenten* zu den Hochschülerschaftswahlen.

4/ Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer: Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*. Wien 1993, S. 327–428, hier S. 334. Wenn im vorliegenden Beitrag Personengruppen maskulin bezeichnet werden, so geschieht dies, um männerbündische Strukturen sichtbar zu machen.

5/ Österreichische HochschülerInnenenschaft (Hg.): *60 Jahre Österreichische HochschülerInnenenschaft*. Wien 2006, S. 52.

6/ Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer: Abriss der Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*, S. 97–101, hier S. 98.

7/ Ausnahmen zu diesen Trends bildeten teilweise die Kunsthochschulen. Dort war einerseits die Wahlbeteiligung bereits vor der zweiten Hälfte der 1960er Jahre vergleichsweise gering, andererseits waren auch Fraktionen, die einer politischen Partei zuordenbar waren, nur schwach vertreten.

8/ Marina Fischer-Kowalski: Universitäten und Gesellschaft in Österreich, in: Heinz Fischer (Hg.): *Das politische System Österreichs*. Wien 1974, S. 571–624, hier S. 601f.

9/ Stenographisches Protokoll, 64. Sitzung des Nationalrats, IX. Gesetzgebungsperiode, 19.4.1961, S. 2681.

10/ Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) (Hg.): *Die Hochschulen in Österreich*. OECD-Bericht 1975, Bd. 1. Wien 1975, S. 65.

11/ Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung: *Hochschulbericht 1984*, S. 69ff. und 127.

12/ Lorenz Lassnigg: Bildungsreform gescheitert ... Gegenreform? 50 Jahre Schul- und Hochschulpolitik, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.): *Österreich 1945–1995*. Gesellschaft, Politik, Kultur. Wien 1996, S. 458–484, hier S. 468.

13/ Fischer-Kowalski: *Universitäten*, S. 602.

14/ Robert Foltin: *Und wir bewegen uns doch*. Soziale Bewegungen in Österreich. Wien 2004, S. 88.

15/ Dabei handelt es sich zum einen um eine Sekundärauswertung der im Sommersemester 1970 von Marina Fischer-Kowalski und Eva Cyba durchgeführten schriftlichen Befragung von Studierenden der Philosophischen Fakultät der Universität Wien, und zum anderen um eine

im Auftrag des BMWF durchgeführte Untersuchung von Studierenden an ausgewählten österreichischen Hochschulen im Sommersemester 1973. BMWF: Politisches Interesse und Engagement der Studenten in Österreich, S. 22f. und 102.

16/ Ebd., S. 107 und 109f.

17/ VDS: *Trend. Diskussionsblätter für die studentische Linke*, Nr. 1/1965, S. 3.

18/ Hans Mum: Gedanken über Perspektiven, in: *Trend*, Nr. 1/1965, S. 12–15, hier S. 12.

19/ Michael Subik: Perspektiven, in: *Trend*, Nr. 5/1966, S. 25–27, hier S. 25.

20/ *Trend*, Nr. 1/1965, S. 18–25; Subik: Perspektiven.

21/ Michael Graber: Von der VDS zum KSV, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 25. Jg. (2018), Nr. 2, S. 16–18, hier S. 16.

22/ Ernst Berger: Zum „Programmwurf“ der VDS. Leserbrief, in: *Trend*, Nr. 5/1966, S. 28–29, hier S. 28; siehe auch Leserbrief von Ernst Berger, in: *Trend*, Nr. 6/1966, S. 44–46.

23/ Ernst Berger: Kritischer Rückblick. Zwei Jahre politische Aktivität an der Univ. Wien, in: *Wandzeitung*, Nr. 2, November 1969, S. 3–4, hier S. 3.

24/ Leopold Spira: Die Studenten und das Establishment, in: *Weg und Ziel*, 25. Jg. (1968), Nr. 6, S. 281–287, hier S. 287.

25/ Franz Marek: Die studentische „neue Linke“, in: *Weg und Ziel*, 25. Jg. (1968), Nr. 1, S. 6–11, hier S. 11.

26/ Graber: Von der VDS zum KSV, S. 17; siehe auch Fritz Keller: Wien, Mai 1968: eine heiße Viertelstunde. Wien 2008, S. 176.

27/ Walter Lindner: Zur Entwicklung zur MLS (1), in: *Student im Klassenkampf*, Nr. 6, März 1972, S. 1–14, hier S. 4.

28/ Ebd.

29/ Graber: Von der VDS zum KSV, S. 17.

30/ Lindner: Zur Entwicklung zur MLS, S. 2.

31/ Ebd.

32/ Ebd., S. 3.

33/ Walter Lindner: Grundzüge der neuen Politik der Vereinigung Demokratischer Studenten, in: *Weg und Ziel*, 28. Jg. (1971), Nr. 2, S. 60–62, hier S. 60.

34/ Lindner: Zur Entwicklung zur MLS, S. 5.

35/ Resolution der Mitgliederversammlung vom 16.12.1971 über das Verhältnis zur KPÖ, in: *Student im Klassenkampf*, Nr. 6, März 1972, S. 15–18, hier S. 15.

36/ Lindner: Zur Entwicklung zur MLS, S. 4.

37/ Susanne Sohn/Andreas Rasp: Studenten und Kommunisten, in: *Weg und Ziel*, 29. Jg. (1972), Nr. 6, S. 230–232, hier S. 232; Zur Politik des Kommunistischen Studentenverbandes, in: *Weg und Ziel*, 29. Jg. (1972), Nr. 12, S. 433–434, hier S. 433.

38/ Michael Graber: Von der VDS zum KSV, in: *Historische Kommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs* (Hg.): *Beiträge zur Geschichte der kommunistischen*



**KSV-Logo der 1970er Jahre**

Jugendbewegung in Österreich. Wien 1981, S. 142–152, hier S. 149.

39/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Grundsatzprogramm des KSV. Wien 1972, S. 5.

40/ Sohn/Rasp: *Studenten*, S. 230.

41/ KSV: Grundsatzprogramm, S. 5 und 9.

42/ Gerd Langguth: *Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance*. Die Neue Linke seit 1968. Köln 21984, S. 162.

43/ Graber: Von der VDS zum KSV, S. 17.

44/ Michael Graber: *Stamokap in Österreich*. Eine theoretische Konferenz der KPÖ im Jänner 1972, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 29. Jg. (2022), Nr. 4, S. 21–22, hier S. 21.

45/ Boris Jezek: GRM/SOAL – die österreichische Sektion der 4. Internationale, in: Ulrich Angerer (Hg.): *Trotzkismus in Österreich – von den 20er Jahren bis heute*. Teil 1: Eine Analyse. Wien 1996, S. 229–236, hier S. 229.

46/ Foltin: *Und wir bewegen uns doch*, S. 88.

47/ Ein Jahr kommunistischer Studentenverband, in: *Weg und Ziel*, 31. Jg. (1973), Nr. 11, S. 412–413, hier S. 412.

48/ Zur Politik des Kommunistischen Studentenverbandes, S. 434.

49/ Graber: *Linksrutsch an Österreichs Hochschule*, in: *Weg und Ziel*, 30. Jg. (1974), Nr. 3, S. 93–95, hier S. 95.

50/ ZPA der KPÖ, Flugblatt des KSV: *Heute Abend (vor 20h NIG II) wiederum die Pläne der Reaktion durchkreuzen!*

51/ Der VSStÖ erreichte 13 Prozent, die *Liste Kommunistischer Hochschulorganisationen* (LKH), das Wahlbündnis der MLS, rund fünf Prozent, der *Club Sozialdemokratischer Studenten* (eine VSStÖ-Abspaltung an der Universität Graz), GRM und KSV jeweils rund drei Prozent; BMWF: Politisches Interesse und Engagement der Studenten in Österreich, S. 146–150, hier S. 145.

52/ Graber: *Linksrutsch*, S. 94.

53/ Fischer-Kowalski: *Universitäten*, S. 604.

54/ *Institutsvertreterkonferenz der Universität Wien*: *Student-Press*, Nr. 1: IVK. Thesen zur Situation an den Hochschulen. Institutsvertreterkonferenz der Universität Wien. Wien 1970, S. 5.

55/ Fischer-Kowalski: *Universitäten*, S. 604.

56/ Ebd., S. 606.

57/ Wilhelm Svoboda: *Sandkastenspiele*. Eine Geschichte linker Radikalität in den 70er Jahren. Wien 1998, S. 35.